

**Politische und administrative  
Rahmenbedingungen zur Stützung und  
Förderung der Biotechnologielandschaft in der  
Bundesrepublik Deutschland**

**Bundesminister für Wirtschaft und Technologie  
Dr. Werner Müller**

anlässlich der 2. Biotechnologietage Bielefeld der  
Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft WEGE mbH

**Bielefeld 2000plus – Forschungsprojekte zur Region**

Herausgegeben von Prof. Dr. Joachim Frohn  
(Universität Bielefeld, Fakultät für Wirtschaftswissenschaften) und  
Karsten Gebhardt  
(Vorstandsvorsitzender von Bielefelder Konsens: Pro Bielefeld e.V.)

**Diskussionspapier Nr. 9  
Dezember 1999**

Das Projekt „Bielefeld 2000plus“ wird finanziell unterstützt von: Universität Bielefeld, Sparkasse Bielefeld,  
Stadtwerke Bielefeld, Universitätsgesellschaft, WEGE mbH

**Politische und administrative  
Rahmenbedingungen zur Stützung und  
Förderung der Biotechnologielandschaft in der  
Bundesrepublik Deutschland**

**Bundesminister für Wirtschaft und Technologie  
Dr. Werner Müller**

anlässlich der 2. Biotechnologietage Bielefeld der  
Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft WEGE mbH

**Bielefeld 2000plus – Forschungsprojekte zur Region**

Herausgegeben von Prof. Dr. Joachim Frohn  
(Universität Bielefeld, Fakultät für Wirtschaftswissenschaften) und  
Karsten Gebhardt  
(Vorstandsvorsitzender von Bielefelder Konsens: Pro Bielefeld e.V.)

**Diskussionspapier Nr. 9  
Dezember 1999**

Adressen: c/o Universität Bielefeld  
Postfach 10 01 31  
33501 Bielefeld  
Tel.: 106 - 48 73  
Fax: 106 - 29 94  
email: jfrohn@wiwi.uni-bielefeld.de

c/o Evangelisches Johanneswerk e.V.  
Schildescher Str. 101  
33611 Bielefeld  
Tel.: 80 12 130  
Fax: 80 12 150

## **VORWORT**

In dieser Reihe sollen in zwangloser Folge Projektberichte publiziert werden, die entweder in einem engen regionalen Bezug zu Bielefeld stehen oder aber regionenübergreifende zukunftsweisende Themen ansprechen. Diese Veröffentlichungen sind Teil des langfristig angelegten Projektes „Bielefeld 2000plus“, das sich mit den Zukunftsperspektiven der Region beschäftigt und gemeinsam vom Verein „Bielefelder Konsens: Pro Bielefeld e.V.“ und der Universität Bielefeld getragen und von der Stadt Bielefeld nachhaltig unterstützt wird. Im Herbst 1997 sind hierfür mehrere Arbeitsgruppen für die Bereiche Wirtschaft, Stadtentwicklung, Umwelt, Kultur, Bildung, Wissenschaft und Gesundheit eingerichtet worden, in denen Wissenschaftler der Universität Bielefeld gemeinsam mit Vertretern verschiedener Institutionen und Organisationen der Stadt Bielefeld Fragestellungen bearbeiten, die die Zukunftsfähigkeit der Region betreffen.

Wir danken allen, die das Projekt unterstützt und die Herausgabe dieser Diskussionsarbeitsreihe finanziell gefördert haben.

Bielefeld, Oktober 1997

Prof. Dr. J. Frohn (Universität Bielefeld)

K. Gebhardt (Bielefelder Konsens: Pro Bielefeld e.V.)

Die vorliegende Rede wurde vom Bundesminister Dr. Werner Müller anlässlich der 2. Biotechnologietage Bielefeld am 19. November 1999 im Vortragssaal der Sparkasse Bielefeld gehalten.

Diese Veranstaltung wurde vom Technologiezentrum der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft Bielefeld WEGE mbH ausgerichtet.

## **1. Einleitung**

Biotechnologie spielt hier in Bielefeld eine wichtige Rolle.

Die 2. Biotechnologie Tage wollen mit einer vielfältigen Reihe von Veranstaltungen neue Impulse setzen und bringen dazu Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft, Staat und Gesellschaft an einen Tisch.

Ich bin gerne zu Ihnen gekommen, um mit Ihnen über Möglichkeiten der Nutzung regionaler Potentiale zur Positionierung am globalen Biotech-Markt zu diskutieren.

Zur Einstimmung möchte ich kurz einen Überblick über die Rahmenbedingungen zur Förderung der Biotechnologielandschaft in Deutschland geben.

## **II. Ein kurzer Rückblick**

Erlauben Sie mir zunächst einen Rückblick:

Noch Mitte der 90er Jahre hieß es über die Biotechnologie in Deutschland:

- die Entwicklung der Biotechnologie ist hinter ihren Möglichkeiten zurückgeblieben,
- unzureichende Rahmenbedingungen und die restriktive Verwaltungspraxis haben den Biotech-Standort Deutschland in Misskredit gebracht

oder

- deutsche Unternehmen engagieren sich bevorzugt im Ausland während ausländische Biotechfirmen Deutschland meiden.

Heute an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend hat die Bio- und Gentechnologie – allen Unkenrufen zum Trotz – auch in Deutschland Fuß gefasst.

Dies gilt jedoch nicht uneingeschränkt für alle Bereiche dieser wichtigen Zukunftstechnologie, doch dazu später.

Lassen Sie mich diese erfreuliche Entwicklung anhand einiger Zahlen verdeutlichen:

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es neben 23 Großunternehmen derzeit rd. 500 kleine und mittlere Biotech-Unternehmen.

Von ca. 1200 europäischen kleinen und mittleren Unternehmen, deren Hauptzweck die Kommerzialisierung der Biotechnologie ist, waren 1998 in Deutschland 222 angesiedelt.

Deutschland hat damit seine zweite Position hinter Großbritannien gefestigt, bei den Unternehmensgründungen stehen wir im europäischen Vergleich sogar an der Spitze.

Neueste Statistiken weisen für dieses Jahr bereits mehr als 30 Neugründungen aus.

Große deutsche Unternehmen verlagern ihre biotechnologischen Einrichtungen wieder ins Inland und jedes vierte Patent für Biotechnologie in Europa wird mittlerweile in Deutschland angemeldet.

Messen, wie unlängst die Biotechnika in Hannover, melden zweistellige Zuwachsraten und fast täglich hören wir neue Erfolgsmeldungen.

Dazu gehört nicht zuletzt der Börsengang von Biotech-Firmen wie Quiagen, Morphosys oder Rhein-Biotech.

Und weitere Firmen wollen sich am Neuen Markt engagieren.

In der Biotechnologielandschaft Deutschlands hat sich also in den letzten Jahren eine deutliche Trendwende vollzogen, einige sprechen sogar von einem Boom der Biotechnologie.

### **III. Gründe für die Trendwende**

Worauf ist diese Trendwende zurückzuführen?

Entscheidende Impulse gaben

- die Novellierung des deutschen Gentechnikgesetzes.

Damit wurde der Weg frei für eine zukunftsorientierte Nutzung der Gentechnik.

- Und der Bioregio-Wettbewerb.

Er war das entscheidende Aufbruchssignal für die gesamte Biotech-Branche und förderte die Herausbildung besonders starker Biotech-Standorte in Deutschland.

Trotz dieser erfreulichen Bilanz haben wir noch ein gutes Stück Arbeit vor uns.

Das wirtschaftliche Potential der Bio- und Gentechnologie steht erst am Anfang seiner Entwicklung.

Die Dynamik in der Biotechnologie geht ganz wesentlich von der „Roten“, zunehmend auch der „Grauen Gentechnik“ aus, während die „Grüne Gentechnik“, also Gentechnik im Agrarbereich, bei uns noch relativ unterentwickelt ist.

In der Medizin, also der „Roten Gentechnik“ eröffnen gentechnische Methoden einen neuen Zugang zum Verständnis der Ursachen sowie der Entstehung von Krankheiten und damit die Möglichkeit der Behandlung bisher nicht therapierbarer Leiden.

Und in der Pharmazie nehmen gentechnisch hergestellte Wirkstoffe schon heute einen wesentlichen Anteil des Arzneimittelmarktes ein.

Im nächsten Jahr schon wird die Hälfte aller neuen Arzneimittel gentechnisch produzierte Wirkstoffe enthalten.

Im Bereich der Umwelttechnologien, also der „Grauen Gentechnik“, ermöglicht die Biotechnologie neue sog. nachhaltige Produktionsverfahren, die Umweltbelastungen vorbeugen bzw. Umweltschäden beseitigen helfen.

Hierdurch werden klassische energieaufwendige und umweltbelastende Produktionstechniken abgelöst.

Auch in anderen Bereichen, z.B. der Informations- und Energietechnik spielen biotechnologische Methoden eine zunehmende Rolle.

#### **IV. Biotechnologie als Schlüsseltechnologie**

Die moderne Bio- und Gentechnologie ist neben den Informations- und Kommunikationstechnologien eine der wichtigsten Schlüssel- und Querschnittstechnologien des 21. Jahrhunderts eine Botschaft – die auch von den 1. Biotechnologie Tagen hier in Bielefeld ausging.

Die Zukunftsfähigkeit des Technologiestandortes Europa wird sich in kaum einem anderen Bereich so deutlich zeigen wie bei der Bio- und Gentechnologie.

Was kann eine moderne, zukunftsgerichtete Politik konkret tun, um dieser Herausforderung gerecht zu werden?

Sie muss

- die rechtlichen Rahmenbedingungen gezielt verbessern
- eine sachliche Diskussion über Chancen und Risiken der Bio- und Gentechnologie anregen
- Innovation durch ein investitionsfreundliches Umfeld fördern.

***Erstens: Der Biotech-Standort Deutschland muss durch weitere gezielte Verbesserungen der rechtlichen Rahmenbedingungen gestärkt werden.***

Im Vordergrund steht hier die zügige Anpassung der Rechtsgrundlagen an den technischen Fortschritt, der sich im Bereich der Bio- und Gentechnologie rasend schnell entwickelt.

Hier ist die Bundesregierung auf mehreren Feldern zugleich engagiert:

- Sie wird die Zulassungsverfahren für die Durchführung gentechnischer Arbeiten weiter vereinfachen, wie dies in der Änderung der Labor-Richtlinie vorgesehen ist.

- Und zum Schutz biotechnologischer Erfindungen und damit zur Verbesserung der Wettbewerbsposition der deutschen Biotechnologieindustrie wird die Bundesregierung die Europäische Biopatentrichtlinie zügig in das deutsche Patentgesetz umsetzen.
- Sorge bereitet mir allerdings nach wie vor die Europäische Freisetzungsrichtlinie.

Der im Sommer d.J. verabschiedete Gemeinsame Standpunkt ist hinter unseren Erwartungen an die Novellierung der Freisetzungsrichtlinie zurückgeblieben.

Dies lag auch am Widerstand eher gentechnikfeindlich eingestellter Mitgliedstaaten in Europa.

Wir haben zwar ein besser strukturiertes Genehmigungsverfahren erreicht, es bleibt jedoch abzuwarten, ob das derzeit in Europa bestehende faktische Zulassungs-Moratorium für gentechnisch veränderte Organismen aufgelöst werden kann.

Die Bundesregierung strebt mittelfristig eine Zentralisierung der Genehmigungsverfahren durch die Einrichtung einer Europäischen Zulassungsagentur, wie z.B. im Bereich der europäischen Arzneimittelzulassung, an.

Unser Ziel ist eine sicherheitsadäquate Neustrukturierung und Konzentration der Genehmigungsverfahren bei gleichzeitiger Entpolitisierung der Entscheidungsprozesse.

Es muss Schluss sein mit dem monatelangen Dokumentenkreislauf durch ganz Europa und vornehmlich politisch beeinflussten Entscheidungen!

Ich freue mich, dass unser Bestreben, das auch die Unterstützung der europäischen Biotechnologie-Industrie findet, durch Äußerungen des neuen Kommissions-Präsidenten Prodi offenbar Aufwind bekommen hat.

- Neben der Forderung nach praktikablen europäischen Rahmenbedingungen setzt sich die Bundesregierung für den Abschluss eines Biosafety-Protokolls auf UN-Ebene ein, das den weltweiten Handel mit gentechnisch veränderten Massenagrargütern z.B. Mais und Soja ermöglicht und potentielle Handelskonflikte vermeiden hilft.

Ich hoffe, dass wir bei den anstehenden Verhandlungen im Januar in Montreal eine sachgerechte Lösung finden, dienen bei den Anliegen

- Schutz der biologischen Vielfalt und
- Interesse an einem freien Welthandel gerecht wird.

**Zweitens: *Biotechnologie braucht wie jede neue Technologie Akzeptanz.***

Neue Technologien und innovative Produkte sind nur dann am Markt erfolgreich, wenn sie von einer breiten Bevölkerungsschicht angenommen werden.

Dies ist bei der „Grünen Gentechnik“ zur Zeit offensichtlich nicht der Fall.

Über sie wird nicht nur in Deutschland in einem nahezu alle Bevölkerungsschichten erfassenden Diskurs kontrovers und emotionsgeladen diskutiert.

Ich glaube, dass diese Diskussion durch Erklärung und Information versachlicht werden muss.

Um Missverständnisse an dieser Stelle vorzubeugen: Ich habe Verständnis für die Bedenken von Verbrauchern gegenüber den heutigen „Errungenschaften“ der Grünen Gentechnik.

Die Bevölkerung ist verunsichert über Nutzen und Risiken dieser neuen Technologie.

Nehmen wir das Beispiel der Flavour-Savour-Tomate:

Rechtfertigt eine über Wochen haltbare Tomate den Einsatz biotechnologischer Verfahren in der Landwirtschaft?

Welchen Nutzen hat dieses Konstrukt für die Verbraucher angesichts eines Überangebotes von Frischgemüse in der Europäischen Union?

Oder die Meldungen über sog. „Killer-Kartoffeln“:

Warum wurde bis dato auch im Interesse verunsicherter Verbraucherinnen und Verbraucher keine ausreichende Aufklärung des Sachverhaltes betrieben?

Ich meine, hier ist noch eine Menge Aufklärungsarbeit erforderlich.

Akzeptanz für gentechnisch veränderte Produkte werden wir nur dann erreichen, wenn

- Vertrauen in ihre Unbedenklichkeit für Mensch und Umwelt geschaffen wird
- und
- die Verbraucher einen unmittelbaren Nutzen für sich aus dem Verzehr dieser Produkte erkennen können.

Dies ist im Moment - wie mir scheint - nicht der Fall.

Ich blicke daher gespannt auf die sog. „Produkte der zweiten Generation“, wie z.B. allergenarme oder vitaminangereicherte Produkte.

Beim Thema Akzeptanz ist jedoch nicht die Bundesregierung allein gefordert!

Ein breit angelegter Dialog zwischen Wissenschaft, Industrie, Staat, Verbraucher- und Umweltschutzorganisationen ist dringend erforderlich.

Risiken, sofern es sie gibt, müssen benannt werden, denn der Schutz von Mensch und Umwelt steht selbstverständlich an erster Stelle.

Wir dürfen aber auch nicht die Chancen kleinreden und uns vorschnell von einem Teil einer Technologie verabschieden, die Chancen bietet für eine sichere Vorsorge einer ständig wachsenden Weltbevölkerung sowie für eine nachhaltige Entwicklung der Umwelt.

Große Bedeutung messe ich in diesem Zusammenhang einer klaren Kennzeichnung gentechnisch veränderter Bestandteile in Nahrungsmitteln bei.

Die Verbraucherinnen und Verbraucher haben einen Anspruch darauf, zu erfahren, aus welchen Bestandteilen ein Lebensmittel zusammengesetzt ist.

Nur so können sie eine bewusste Entscheidung treffen.

Europäische Regelungen, wie z.B. die sogenannte „Verordnung über neuartige Lebensmittel“ gehen in die richtige Richtung und finden deshalb mittlerweile weltweit Nachahmung.

### ***Drittens: Innovation braucht ein investitionsfreundliches Umfeld.***

Ziel unserer Wirtschaftspolitik ist es, den Standort Deutschland fit zu machen für die Herausforderungen einer globalisierten Wirtschaft und neue Wachstums- und Beschäftigungspotentiale zu erschließen.

Dazu brauchen wir u.a.

- den Aufbau eines unternehmens- und beschäftigungsfreundlichen Steuersystems, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und
- stärkere Eigeninitiative in Wirtschaft und Gesellschaft.

Am Beispiel technologisch hochentwickelter Staaten wie den USA sehen wir aber auch, dass Technologievorsprünge meist unter Einsatz gezielter staatlicher Förderung erreicht wurden.

Der Erfolg der USA in der Biotechnologie basiert neben wirtschaftsfreundlichen Gesetzen ganz entscheidend auf

- staatlicher Förderung und der
- Verfügbarkeit von Risikokapital.

Die Bundesregierung räumt der Forschungs- und Technologiepolitik einen herausragenden Stellenwert ein.

Die Förderung der Investitionsdynamik der Unternehmen hat dabei hohe Priorität.

Gerade im Bereich innovativer Technologien brauchen Unternehmensgründungen eine gezielte Förderung, denn nicht selten ist der Weg zu marktfähigen Produkten weit.

Für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes kommt es entscheidend darauf an, die Ergebnisse der Grundlagenforschung schneller in marktfähige Produkte, Verfahren und Dienstleistungen umzusetzen.

Hierfür benötigen wir eine bedarfsgerechte und transparente Innovationspolitik.

Eine gute Hilfestellung können hierbei Technologiezentren als „Brutstätte“ für junge Unternehmen leisten.

Die Initiative des Bielefelder Arbeitskreises, biotechnologisches Know-how mit unternehmerischem Handeln zu verknüpfen und bei der geplanten Erweiterung des Technologiezentrums einen Platz für Biotech-Unternehmen zu reservieren, ist meines Erachtens genau der richtige Ansatz

Bei der Technologieförderung setzt die Bundesregierung auch weiterhin auf bewährte Instrumente, zugleich gehen wir aber auch neue Wege.

Aufbauend auf den positiven Ergebnissen des Bioregio-Wettbewerbs soll das neue Programm „BioChance“ die nachhaltige Entwicklung einer starken deutschen Biotechnologieindustrie fördern.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, der traditionelle Ansprechpartner für den Mittelstand, ist jetzt auch für die Technologieförderung verantwortlich.

Mit einer Förderpolitik "aus einem Guss" können wir den spezifischen Bedürfnissen von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und Existenzgründern - auch im Bereich der Biotechnologie - Rechnung tragen.

Für den Markterfolg von schnell wachsenden jungen Technologieunternehmen ist die Verfügbarkeit von Beteiligungskapital von entscheidender Bedeutung.

Nur so kann dieses Wachstum finanziert und in zukunftssichere Arbeitsplätze umgesetzt werden.

Der Beteiligungskapitalmarkt für innovative Unternehmen in Deutschland hat sich dank des Programms "Beteiligungskapital für kleine Technologieunternehmen (BTU)" des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie ausgesprochen dynamisch entwickelt.

Mit diesem Programm werden Anreize für Kapitalgeber geschaffen, sich stärker in der Entwicklungs- und Aufbauphase von kleinen Technologieunternehmen zu engagieren.

1998 konnten im Rahmen des Programms rund 790 Mio. DM für kleine Technologieunternehmen mobilisiert werden.

Im Jahr 1999 wird ein Betrag von weit mehr als 1 Milliarde erwartet.

Das ist ein Riesenerfolg!

Deutschland nimmt damit bei der Frühfinanzierung einen führenden Platz in Europa ein und entwickelt sich zu einem der interessantesten Beteiligungskapitalmärkte für junge, innovative Unternehmen weltweit.

Niemand mit innovativen Ideen und entsprechender Qualifikation, der auch bereit ist, ein unternehmerisches Risiko einzugehen, wird heute an der Verfügbarkeit von externem Eigenkapital scheitern.

Die Biotechnologie führt die Rangliste der Technologiefelder, die über das BTU-Programm gefördert werden, mit an.

Rund 20 % des in BTU mobilisierten Beteiligungskapitals kommen der Biotechnologie zugute.

Mit neuen Akzenten setzen wir auch das Programm "Innovationskompetenz mittelständischer Unternehmen - PROINNO" fort, mit dem gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsprojekte von Technologieunternehmen gefördert werden.

Aus diesem Programm fließen derzeit rund 20 Mio. DM jährlich in die Biotechnologiebranche.

Aus dem Topf des „ERP-Innovationsprogramms“ stellt das BMWi langfristige Darlehen zu günstigen Festzinssätzen zur Verfügung, die der Entwicklung und Verbesserung von Produkten, Verfahren und Dienstleistungen sowie deren Markteinführung dienen.

Auch an den Maßnahmen zur "FuE-Personal- und Projektförderung für die neuen Länder" haben Biotechnologieunternehmen einen hohen Anteil.

Allein im Jahr 1999 flossen ihnen 14,3 Mio. DM zu.

Die Bundesregierung hat es erreicht, dass das Programm zur Förderung und Unterstützung technologieorientierter Unternehmensgründungen in den neuen Ländern "FUTOUR", das Zuschüsse, stille Beteiligungen, Beratung und Betreuung anbietet, bis 2003 fortgesetzt wird.

Von besonderer Bedeutung scheint mir, dass wir unser Augenmerk in Zukunft noch mehr auf solche Forschungsvorhaben richten, die innovative Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen zum Ziel haben.

Sie sind der Garant für die Schaffung neuer, zukunftsfähiger Arbeitsplätze und damit ein Stück Zukunftssicherung für Deutschland.

## **V. Schluss**

Meine Damen und Herren,

Rechtliche Rahmenbedingungen, Akzeptanz und Innovationsklima spielen für die Etablierung neuer Technologien eine Schlüsselrolle.

Dies gilt in besonderem Maße für die Biotechnologie.

Hier sind wir alle gefordert: Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft.

Ein breit angelegter Dialog ist unerlässlich, denn ohne Akzeptanz und Vertrauen ist jede neue Technologie zum Scheitern verurteilt.

Ich begrüße daher die Initiative der Stadt Bielefeld und freue mich jetzt auf die Diskussion mit Ihnen.

**Folgende Diskussionspapiere können Sie bei Bielefeld 2000plus gegen Erstattung der Druck- und Portokosten anfordern oder als pdf-Datei auf der Webseite von Bielefeld 2000plus unter [www.uni-bielefeld.de/bi2000plus/veroeffentlichungen.html](http://www.uni-bielefeld.de/bi2000plus/veroeffentlichungen.html) beziehen:**

Nr. 1:

**Prof. Dr. Thorsten Spitta**, 1997, Universität Bielefeld:  
IV-Controlling im Mittelstand Ostwestfalens - Ergebnisse einer Befragung

Nr. 2:

**Prof. Dr. Herwig Birg**, 1998, Universität Bielefeld:  
Nationale und internationale Rahmenbedingungen der Bevölkerungsentwicklung Bielefelds im 21. Jahrhundert

Nr. 3:

**Dr. Bernd Adamaschek**, 1998, Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh:  
Zwischenbehördliche Leistungsvergleiche - Leistung und Innovation durch Wettbewerb

Nr. 4:

**Prof. Dr. Hermann Glaser**, 1998, Technische Universität Berlin, ehem. Kulturdezernent der Stadt Nürnberg:  
Der ästhetische Staat - Arbeit und Arbeitslosigkeit, Tätigkeitsgesellschaft

Nr. 5:

**Dipl.-Kfm. Ralf Wagner, Dipl.-Kffr. Claudia Bornemeyer, cand. rer. pol. Stephan Kerkojus**, 1999, Universität Bielefeld:  
Imageanalyse des Bielefelder Einzelhandels

Nr. 6:

**Prof. Dr. Helge Majer**, 1999, Universität Stuttgart:  
Die Ulmer Lokale Agenda 21 und der Beitrag der Wirtschaft

Nr. 7:

**Prof. Dr. Franz Lehner**, 1999, Institut für Arbeit und Technik Gelsenkirchen:  
Zukunft der Arbeit

Nr. 8:

**Prof. Dr. U. Schulz, Dr. H. Kerwin**, 1999, Universität Bielefeld:  
Fahrradpotential in Bielefeld

Nr. 9:

**Dr. Werner Müller**, 1999, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:  
Politische und administrative Rahmenbedingungen zur  
Stützung und Förderung der Biotechnologielandschaft in  
der Bundesrepublik Deutschland